

Ein Plan für Liechtenstein

Liechtenstein hat gewählt. Das Wahlergebnis hat zwar zu grösseren Verschiebungen geführt, die beiden Grossparteien Vaterländische Union (VU) und Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) stehen aber wiederum in Koalitionsverhandlungen, um wie seit Jahrzehnten gemeinsam zu regieren. Wie wird das Regierungsprogramm aussehen? Ein Blick in die Wahlprogramme hilft wenig. Häufig werden vage Prinzipien beschrieben, das Programm der FBP ist etwas konkreter. Wie immer die Verhandlungen ausgehen werden: Es gibt viel zu tun.

Verkehrslösung statt Stillstand: Liechtenstein ächzt zu Stosszeiten unter dem Verkehr. Der Ausbau der Infrastruktur hinkt seit langem der Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung hinterher. Allein mehr Strassen sind aber nicht die Lösung, vielmehr müssen sie effizient genutzt werden. Der Vorschlag von Zukunft.li: Wer die Strassen mit dem Auto nutzt, soll – vor allem zu Spitzenzeiten – auch dafür bezahlen. Gleichzeitig soll die Motorfahrzeugsteuer abgeschafft werden. Es braucht mehr Kreativität: Thyssenkrupp Presta möchte mit einer Parkplatzgebühr und mit einem günstigen 3-Länder-Ticket die Mitarbeiter zum Umsteigen bewegen. Das ist ein innovativer Ansatz der Wirtschaft – und auch eine Art Road Pricing.

Altern ist (auch) eine Chance: In Liechtenstein ist die Lebenserwartung gestiegen. Das ist eine gute Nachricht. Gleichzeitig wird die Gesellschaft immer älter. Die Finanzierung des Rentensystems muss auch für kommende Generationen gesichert werden. Liechtenstein hat zwar schon eine gewisse Flexibilität beim Rentenalter, die Erwerbstätigkeit älterer Menschen steigt seit mehreren Jahren leicht an, sie ist aber verhältnismässig gering. Arbeiten im Alter sollte attraktiver gestaltet werden, denn Ältere stellen ein wichtiges Arbeitskräftepotenzial dar. Mit 65 gehört man noch lange nicht zum alten Eisen. Das Rentenalter sollte zudem an die Lebenserwartung gekoppelt werden.

Vorsicht ist die Mutter des Staatshaushalts: Deutschland will in unsicheren Zeiten die Schuldenbremse kippen. Hierzulande ist man zurecht vorsichtiger, was sich auch darin zeigt, dass das Land nicht verschuldet ist. In der Finanzplanung 2025–2028 werden jedoch zwei der fünf Eckwerte, die eine Art Schuldenbremse sind, nicht eingehalten. Die Personalkosten des Landes nehmen in der Planung bis 2028 um 12 Prozent zu, wohl mehr als das Wirtschaftswachstum und die Bevölkerungszunahme. Wenn die Welt verrückt spielt, gilt es, flexibel und widerstandsfähig zu sein. Wenn die Einnahmen aus der Spielbankenabgabe noch mehr als geplant zurückgehen, die Weltkonjunktur lahm und die Finanz- und Kapitalmärkte schwächeln, sieht das Bild wenig rosig aus. Bei diesem Szenario muss sich der neu gewählte Landtag schon bald mit Sparmassnahmen auseinandersetzen. Selbstzufriedenheit bei den Staatsfinanzen ist kein guter Ratgeber.



Gerald Hosp
Geschäftsführer
der Denkwerkstatt
Zukunft.li